

Monika Sus

Wachsende Skepsis, divergierende Prioritäten – Polens Blick auf die deutsch-französische Europapolitik

Die Vorstellungen über die zukünftige Ausgestaltung der EU klaffen im Weimarer Dreieck weit auseinander. Eine Weiterentwicklung in Richtung eines supranational-föderalistischen Europas – wie Frankreich und Deutschland es anstreben – lehnt die PiS-Regierung ebenso ab wie einen Verfassungskonvent, der den Weg dorthin ebnen könnte. Lediglich auf dem Gebiet der EU-Erweiterungspolitik lässt sich eine Annäherung erkennen. Von den Oppositionsparteien wird die Linie der Regierung jedoch nicht geteilt. Polens künftiger europapolitischer Kurs wird daher wesentlich vom Ausgang der Wahlen im Herbst 2023 abhängen.

Seit der Machtübernahme der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen im Jahr 2015 unterscheiden sich die Vorstellungen der polnischen Regierung über die Zukunft der EU zunehmend von denjenigen Frankreichs und Deutschlands. Ihr Ideal einer intergouvernementalen Union steht im klaren Kontrast zu der supranationalen Weiterentwicklung der EU, die von Paris und Berlin favorisiert wird. Auch bei der Ausweitung der Entscheidungsfindung mit qualifizierter Mehrheit möchte Polen nicht mitziehen. Gleichzeitig kommen von der polnischen Regierung keine konstruktiven Alternativvorschläge für die Weiterentwicklung der EU. Dieser Umstand sowie der sich verschärfende Konflikt mit der Europäischen Kommission über die Rechtsstaatlichkeit und die Vergabe der Mittel des Corona-Wiederaufbaufonds führen dazu, dass Polen auf der europäischen Bühne zunehmend isoliert dasteht.

Gegen ein supranational-föderalistisches Europa

Die polnische Regierung teilt nicht die von der deutschen Ampelkoalition zunehmend angestrebte sowie von Präsident Macron mehrmals klar formulierte Idee der supranational-föderalistischen Weiterentwicklung der EU. Im Gegenteil setzt sie sich für eine intergouvernementale Union ein und wirft den EU-Institutionen – vor allem der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gerichtshof – vor, sie würden die ihnen in den Verträgen übertragenen Befugnisse überschreiten. Sie betont, dass die Europäische Union heute eine ganz andere Organisation sei als zum Zeitpunkt von Polens Beitritt im Jahr 2004. Damals bildete, aus ihrer Sicht, vor allem der freie Verkehr von Personen, Dienstleistungen, Kapital und Waren den Kern der Union und Warschau plädiert dafür, die europäische Integration auf diese Elemente zu begrenzen. Die Ausweitung der Kompetenzen der Brüsseler Behörden, die – so der Vorwurf – kein demokratisches Mandat haben, wird in Polen als höchst problematisch und bedrohlich für die Zukunft der EU wahrgenommen. So schrieb Premierminister Mateusz Morawiecki im Oktober 2021 in einem offenen Brief an den Europäischen Rat: „Leider gibt es heute ein sehr gefährliches Phänomen, dass bestimmte Institutionen der Europäischen Union Befugnisse an sich reißen, die ihnen den Verträgen nach nicht zustehen, und den Mitgliedstaaten ihren Willen aufzwingen.“ Die polnische Regierung sieht sogar die Ursache für den Brexit in der Abkehr von den ursprünglichen Prämissen der europäischen Integration und der mit den Verträgen unvereinbaren Ausdehnung der Zuständigkeiten der EU-Institutionen begründet. Geht es nach ihr, sollen die Nationalstaaten und intergouverne-

Endlich zusammen für Europa? Frankreich und Deutschland nach den Wahlen

N° 3, 19. Oktober 2022

mentale Entscheidungen weiterhin im Vordergrund der europäischen Integration stehen. Dies ist für Warschau die Voraussetzung für eine starke Union.

Beibehaltung des Vetorechts

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Polen die Vorschläge von Deutschland und Frankreich kritisiert, jene Politikbereiche, in denen Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden, auszuweiten. Aus der Befürchtung heraus, dass die stärkeren Mitgliedstaaten die Oberhand gewinnen könnten und es unmöglich wäre, die polnischen Interessen zu wahren, setzt sich die Regierung für die Beibehaltung des Vetorechts und der Einstimmigkeit ein. Auch hat Polen in den letzten Jahren wiederholt damit gedroht, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen, zum Beispiel beim EU-Klimapaket Fit for 55 (im Hinblick auf Lösungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen) oder beim EU-Haushalt (im Hinblick auf den Vorschlag, die Auszahlung von EU-Geldern an die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen zu knüpfen).

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik will die polnische Regierung – im Gegensatz zu einer wachsenden Gruppe von Staaten und den EU-Institutionen – nicht auf ihr Vetorecht verzichten. Sie sieht die Gefahr, dass die deutschen und die französischen Interessen die EU-Außenpolitik dominieren würden. Insbesondere die französische Vision bezüglich der Weiterentwicklung der Union als geopolitischer Akteur unterscheidet sich stark von den polnischen Ideen. Die von Präsident Macron vorgeschlagene und angestrebte strategische Souveränität der EU wird von der Regierung in Warschau als gefährlich für das transatlantische Verhältnis angesehen. Für Polen ist die NATO der Garant der kollektiven Sicherheit und Verteidigung und das bilaterale Bündnis mit den Vereinigten Staaten ist von besonderer Bedeutung. Der russische Angriff auf die Ukraine hat diese Wahrnehmung nur gefestigt. Auch betrachtet

Warschau Frankreichs Vorschläge für die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie mit großem Misstrauen und sieht darin vor allem Vorteile für die französische Industrie.

Skepsis gegenüber Vertragsänderung

Die Absicht, eine Änderung der EU-Verträge anzustreben, um die Union effektiver und transparenter zu machen, wird im deutschen Koalitionsvertrag sowie in den Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas angeführt. Zuletzt wurde sie – neben Frankreich und Deutschland – auch von Spanien und (vor den Parlamentswahlen im September 2022) von Italien unterstützt. Von der polnischen Regierung ist sie hingegen nicht gewollt. Zusammen mit zwölf anderen Mitgliedstaaten hat sich Polen gegen Änderungen der Verträge ausgesprochen und argumentiert, dass die EU angesichts des Kriegs in der Ukraine und den damit verbundenen Herausforderungen wie steigenden Energiepreisen und Inflationsraten zur Zeit wichtigere Handlungsprioritäten habe, als einen europäischen Reformprozess zu initiieren. Zudem sieht die Regierung in Warschau die Gefahr, dass durch die Reformen weitere Kompetenzen nach Brüssel verlagert werden, die re-formierte Union an Supranationalität gewinnt und die polnische Stimme an Bedeutung verliert.

Annäherung bei EU-Erweiterung

Interessanterweise steht die Zurückhaltung bei der Reform der Union nicht im Widerspruch zu der starken Unterstützung der polnischen Regierung für die EU-Erweiterung, obwohl viele Expert*innen darauf hinweisen, dass eine erweiterte Union ohne die Reform der Entscheidungsprozesse nicht handlungsfähig wäre. Warschau hat sich sehr dafür eingesetzt, der Ukraine den EU-Kandidatenstatus zu verleihen, und befürwortet auch den Beitritt anderer Länder der Östlichen Partnerschaft wie Georgien und Moldau. In dieser Hinsicht

Endlich zusammen für Europa? Frankreich und Deutschland nach den Wahlen

N° 3, 19. Oktober 2022

ähnelt Polens Position den Ideen, die Kanzler Scholz in seiner Europa-Rede an der Prager Karls-Universität im August 2022 formuliert hat. Frankreich hingegen ist mit Blick auf die EU-Erweiterung zurückhaltender und Präsident Macron hat lange gebraucht, um seine Zustimmung zum Kandidatenstatus der Ukraine zu äußern. Gleichzeitig nehmen polnische Regierungskreise seine Initiative, eine Europäische Politische Gemeinschaft zu gründen, eher skeptisch auf. Sie möchten nicht, dass die EU damit eine „Alternative“ zur Erweiterung schafft. Darüber hinaus gehen Macrons Vorschläge in Richtung einer Union mehrerer Geschwindigkeiten, was für Polen – angesichts der obengenannten grundsätzlichen Unterschiede zu Frankreich und Deutschland sowie den Konflikten mit den EU-Institutionen – nachteilig sein könnte. Mit seinem inklusiven Integrationsansatz und seinem Gegengewicht zu den wesentlich weiter gehenden Vorschlägen Frankreichs war Deutschland traditionell ein Verbündeter von Polen in der Kritik gegenüber einer Union der mehreren Geschwindigkeiten. Die deutsche Position scheint sich jedoch aufgrund der Aussicht auf die Erweiterung und der Notwendigkeit, die EU angesichts des zunehmenden geopolitischen Drucks zu einem einflussreichen internationalen Akteur zu machen, zu ändern.

Die Wahlen 2023 als Wendepunkt?

Nicht alle obengenannten Aspekte der Europapolitik der polnischen Regierung werden von den oppositionellen Parteien geteilt. Ein Sieg der Opposition bei den Parlamentswahlen im Herbst 2023 – der ein durchaus realistisches Szenario darstellt, wenn sie unter einer gemeinsamen Liste antritt – würde einen bedeutenden Wechsel in der Europapolitik und damit auch eine Annäherung an die deutsche und zum Teil auch an die französische Position mit sich bringen. Meinungsumfragen zeigen, dass die Mehrheit der Polinnen und Polen einer supranationalen EU aufgeschlossen gegenübersteht. 38% der Befragten wünschen eine stärkere

Integration zwischen allen EU-Ländern und 29% würden es vorziehen, den derzeitigen Stand der Integration beizubehalten. Indessen würden 16% einer Verringerung der Integration und einer Stärkung der Rolle der Nationalstaaten den Vorzug geben. Solange die PiS jedoch an der Macht bleibt, ist ein Kurswechsel nicht zu erwarten und die polnische Sicht auf die französischen und deutschen Zukunftsentwürfe der EU wird kritisch bleiben. Dies wird die Möglichkeit eines wirksamen Wandels innerhalb der EU selbst einschränken; Polen ist immerhin ihr fünftgrößtes Mitglied. Aus diesem Grund wäre es ratsam, dass Frankreich und Deutschland trotz der genannten Differenzen weiterhin versuchen, Polen einzubeziehen, sei es in offiziellen Kreisen, in der Opposition oder im Nichtregierungssektor. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage in Europa von Bedeutung. Polen und andere Länder in der Region haben ihre Partner in Westeuropa wiederholt vor den imperialistischen Absichten Russlands gewarnt. Ihre Befürchtungen haben sich leider als richtig erwiesen und der Krieg in der Ukraine zeigt, dass die EU, trotz der bestehenden Differenzen, als Gesamtheit auftreten muss.

Endlich zusammen für Europa? Frankreich und Deutschland nach den Wahlen

N° 3, 19. Oktober 2022

Autorin

Monika Sus ist Professorin für Politikwissenschaft an der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Gastprofessorin am Zentrum für Internationale Sicherheit an der Hertie School in Berlin und Gastwissenschaftlerin am Robert Schuman Center for Advanced Studies am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Die Publikationsreihe

Mit dem Amtsantritt der Ampelkoalition im Dezember 2021 und den französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April bzw. Juni 2022 wurden die Weichen für die deutsch-französische Europapolitik neu gestellt. Die Reihe »Endlich zusammen für Europa? Frankreich und Deutschland nach den Wahlen« geht der Frage nach, inwieweit beide Länder – über das effektive Krisenmanagement der letzten Jahre hinaus – eine gemeinsame Vorstellung von der künftigen Ausgestaltung der Europäischen Union entwickeln und umsetzen können werden. Ein besonderes Augenmerk liegt darauf, wie der Gestaltungsanspruch des neuen deutsch-französischen Tandems in Warschau und Brüssel wahrgenommen wird.

Diese Publikationsreihe gibt ausschließlich die Meinung der Autor*innen wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen sind auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Bisherige Publikationen

N° 1: Daniel Göler: Vom Krisenmanager zum Gestalter? Deutschlands Europapolitik unter der Ampelkoalition

N° 2: Christian Lequesne: Frankreichs Europapolitik: Zwischen Führungsrolle und innenpolitischen Zwängen

Herausgeber

Stiftung Genshagen
Am Schloss 1
14974 Genshagen
www.stiftung-genshagen.de
institut@stiftung-genshagen.de

© Stiftung Genshagen, 2022

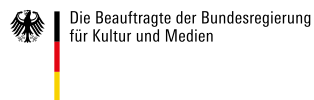
Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg. Die Stiftung ist eine Plattform des Austauschs zwischen Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Sie fördert den Dialog zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«. Wichtigster Drittmittelgeber ist das Auswärtige Amt.

Möchten Sie die Arbeit der Stiftung Genshagen unterstützen? Dann werden Sie Mitglied des Fördervereins Stiftung Genshagen e. V. oder spenden Sie für eines unserer Projekte.

Kontakt: foerderverein@stiftung-genshagen.de

Unsere Stifter:



Die vorliegende Publikationsreihe erscheint mit freundlicher Unterstützung von:

